

Nr. 99 - 21.05.2007
12. Jahrgang

rot!ation

Publikation der Juso-Hochschulgruppe Göttingen

Aus dem Inhalt

Instrumentalisierung

Das Portal unichack.de

--> S. 3

Die Jusos im AStA

Eine Vorstellung

--> S.3

Wer hat, dem wird gegeben Zur Elitedebatte im deutschen Hochschulwesen

Als die rot-grüne Bundesregierung im Januar 2004 ihre Pläne zum Umbau einiger Hochschulen zu so genannten „Eliteuniversitäten“ bekannt gab, löste sie damit eine breite öffentliche

Debatte aus. Ursache dafür war nicht

herausragend hielten, in zwei Runden um einen (Forschungs-) Zuschuss bewerben können.

Die erste Runde ist vorüber, wir wissen, dass die deutsche Forschungselite in München und Karlsruhe beheimatet ist, doch der Spuk ist noch nicht zu Ende, er steht vielmehr erst am Anfang. Im Mai erwartet die Göttinger Unileitung die Gutachterinnen und Gutachter der zweiten Förderlinie. Parallel dazu wurde vom Berliner Wissenschaftssenator Zöllner jüngst der Vorschlag einer ähnlichen Initiative, nur für die Lehre, in die Debatte geworfen. Höchste Zeit also, sich mit den Hintergründen einer gezielt angestoßenen Elitenbildung zu beschäftigen.

nur die damit vollzogene 180-Grad-Drehung der deutschen Bildungs- und Forschungspolitik, sondern vor allem auch der Umstand, dass dieser Vorschlag aus den Reihen der Sozialdemokratie als der bisherigen Verfechterin von allgemeiner Chancengleichheit kam. Der Weg, über den diese Neuausrichtung gegangen werden sollte, war die „Exzellenzinitiative“. In dieser sollten sich alle Universitäten unter vermeintlich gleichen Ausgangsbedingungen mit Anträgen aus Forschungsbereichen, die sie für besonders

anbieten zu können, sondern einige wenige „exzellente“ Unis zu „Leuchttürmen“ der internationalen Wissenschaft auszubauen, die mit ihrer kleinen Zahl an Studierenden den Nachwuchs an Forscherinnen und Forschern ausbilden. Die große Masse sinkt zu reinen Ausbildungsuniversitäten ab, vergleichbar mit den heutigen Fachhochschulen, mit entsprechend deutlich geringerem Etat. Forschung wird hier dann kaum noch möglich sein, da nicht nur die einzelnen Dozierenden ein höheres Lehrepensum zu erfüllen haben werden, sondern diese Unis für Forscherinnen und Forscher aufgrund der finanziellen Ausstattung auch weniger attraktiv erscheinen werden.

Begünstigt wird diese Entwicklung durch die Umstellung der Abschlüsse auf Bachelor und Master. Dieses zweigliedrige System ist geradezu darauf angelegt, im dreijährigen Bachelor-Studium die breite Masse schnell und Kosten sparend für den Beruf auszubilden. Nur noch einem Bruchteil soll die Möglichkeit eröffnet werden, einen Master anzuschließen. Die Auslese erfolgt größtenteils über Noten. Die vermeintlich exzellente Uni sucht sich die besten Absolventinnen und Absolventen aus. Der Rest muss sich mit einem Schmalspur-Abschluss zufrieden

■ Zwei-Klassen-Universitäten

Schon der Begriff gibt die Marschrichtung für die Zukunft vor: Das Ziel ist nicht mehr, an allen Hochschulen eine qualitativ hochwertige Ausbildung (sei es für einen Beruf oder sei es für die Forschung)

Fortsetzung auf Seite 2



geben (und damit irgendwie Geld verdienen). Auch Studiengebühren sind für dieses Zwei-Klassen-System förderlich. Es ist absehbar, dass eine Staffelung der an den einzelnen Hochschulen verlangten Gebühren eintreten wird. Ansätze davon sind heute schon in Nordrhein-Westfalen und in Hessen zu erkennen. In NRW steht es den Hochschulen frei, Gebühren zwischen null und 500 Euro von ihren Studierenden zu erheben.

In Hessen sah der erste Gesetzentwurf zum Studienbeitragsgesetz vor, dass die Hochschulen für Promotionsstudiengänge, für nicht-konsequente Masterstudiengänge (ab WS 2010/11 auch für konsekutive, d.h. für Masterstudiengänge, die unmittelbar auf einem Bachelorstudiengang aufbauen) und von Nicht-EU-Ausländerinnen und Ausländer Gebühren bis zu 1500 Euro erheben dürfen. Starke studentische Proteste konnten eine Verabschiedung dieser Gesetzpassage vorerst verhindern, doch sind die Pläne damit nicht vom Tisch.

■ One down, two to go

Somit ist auch klar, dass es nicht in erster Linie Hochbegabte sein werden, die an den neuen Spitzenuniversitäten studieren dürfen, sondern diejenigen, die es sich leisten können. Die alte Forderung des breiten Hochschulzugangs wird wieder in weite Ferne rücken. Dafür sorgen neben den Gebühren in verschiedener Höhe auch die zunehmend eingeführten individuellen Aufnahmetests mit vermeintlich objektiven Bewerbungsgesprächen. So kann die Antwort auf die Frage nach den Hobbies der Bewerberin/des Bewerbers, je nachdem, ob sie beispielsweise mit Fußball oder Golf beantwortet wird, schon eine Menge über soziale Herkunft aussagen. Es liegt nahe, dass der/die Gesprächsführende sich eher für eine Person entscheidet, die ähnlichen Kreisen entstammt und sich auch entsprechend zu geben versteht.

■ Benachteiligung?

Da eine ökonomische Verwertbarkeit der geförderten Forschungsvorhaben von den Initiatorinnen und Initiatoren nicht verhehlt wird, sind es nicht zuletzt aus diesem Grund die Geistes- und Sozialwissenschaften, die außen vor bleiben. Entgegen aller Verlautbarungen unterliegen sie schon von vornherein anderen Ausgangsbedingungen, da es ihnen schwerer als der Medizin und den Natur- und Ingenieurwissenschaften gelingt, die eingeforderte „internationale Sichtbarkeit“ herzustellen. Bei ihnen sind internationale Preise (so insbesondere der Nobelpreis) und Großprojekte eher die Ausnahme als die Regel, auch sind sie stärker auf die nationale Sprache und Kultur fixiert. Folglich wurde ein einziger Antrag mit geisteswissenschaftlicher Ausrichtung in der ersten Runde bewilligt, obwohl ein Viertel der gestellten Anträge solcher Natur waren. Damit fällt die Relation zu Medizin bzw. den Natur- und Ingenieurwissenschaften sogar noch schlechter aus als in der hochschulinternen Verteilung, wo die Geistes- und Sozialwissenschaften ohnehin schon benachteiligt sind. Hier erhalten sie mit der doppelten Anzahl an Studierenden nur halb so viel Geld. Im „Exzellenzwettbewerb“ ist es nicht mal mehr ein Fünftel. Zufall?

■ In Zukunft

Die „Exzellenzinitiative“ läutet, auch wenn die Förderung des Bundes 2012 ausläuft, langfristige Veränderungen ein. Die Unterschiede, die von nun an durch die Bezuschussung einzelner Hochschulen geschaffen werden (und nicht schon bestehen, wie gerne behauptet wird), werden sich in Zukunft manifestieren. Zum einen müssen die Länder, die mit einer oder mehreren „Elite-Unis“ beglückt worden sind oder noch werden, 25 Prozent der Finanzierung beisteuern. Nach 2012 werden sie darüber hinaus ein Interesse haben, um des Renommées Willen

den Standard zu halten. Das dafür notwendige Geld wird mit großer Wahrscheinlichkeit den anderen Hochschulen des jeweiligen Landes gekürzt. Zum anderen werden die geförderten Unis vermehrt in der Lage sein, gute Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sowie Studierende anzuziehen. Eine qualitativ vergleichbare Hochschulbildung an allen Unistandorten, wie sie heute noch weitestgehend besteht, wird dann schwerlich wieder zu erreichen sein.

■ Fazit

Die Förderung einzelner Unis ist nichts weiter als ein Ablenkungsmanöver von der momentanen chronischen Unterfinanzierung des gesamten Hochschulsystems. Vor dem Hintergrund steigender Studierendenzahlen in den nächsten Jahren und einem nach wie vor selektiven Hochschulzugang ist diese Maßnahme eine politische Katastrophe. Aber sie ist noch viel mehr als das: Sie manifestiert die bestehenden gesellschaftlichen (Macht-) Verhältnisse und damit auch die sozialen Ungleichheiten. Die finanziellen Förderungen kommen einigen wenigen zugute, während sich die Situation der breiten Masse drastisch verschlechtern wird. Die Zwei-Klassen-Gesellschaft auf universitärer Ebene naht.



Instrumentalisierung von Demokratie

Das Studiengebührenverwendungsportal unichcek.de

Seit einigen Wochen können Studierende auf dem Internet-Portal unichcek.de die Verwendung der Studiengebühren an ihrer Hochschule bewerten. Gegenstand ist laut der Seite das „Service- und Lehrangebot“ der jeweiligen Uni. Es sollen damit mehr Transparenz und mehr Mitsprachemöglichkeiten für die Studierenden bei der Investition ihres Geldes geschaffen werden. Ein vermeintlicher Ausgleich für Undurchsichtigkeit und sachfremde Gebührenverwendung an der eigenen Uni. Nach außen tritt unichcek.de als studentische Einrichtung auf. Drei Studierende betreuen die Seite.

Die wahren Hintergründe dieser – wie es scheint - uneigennützigem Seite werden jedoch erst deutlich, wenn man sie sich genauer ansieht. Ins Leben gerufen hat sie die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft, eine von den Arbeitgeberverbänden der Metall- und Elektroindustrie mit jährlich 8,8 Mio. € subventionierten Lobbyeinrichtung. Laut ihrer Selbstdarstellung steht sie für „Eigeninitiative, Leistungsbereitschaft und Wettbewerb“. Sie selbst bekennt sich als „neoliberal“, worunter sie verstanden wissen will, dass ein staatliches Eingreifen in die Wirtschaft nur dann zugelassen werden sollte, "wenn beispielsweise Marktverzerrungen durch Monopole oder Kartelle einen fairen Wettbewerb zum Nutzen aller verhindern". Es gelingt ihr, ihre Forderungen nach Reformen in diesem Sinne in den verschiedensten Medien unterzubringen, wobei die Grenzen zwischen sachlicher Berichterstattung und Propaganda fließend sind. Die drei BetreuerInnen der Homepage sind zwar an der Uni Köln eingeschrieben und auch offiziell als studentische Hilfskräfte angestellt, sie haben ihr Büro jedoch im Gebäude

der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft. Ob sie dann noch in studentischem Sinne handeln, darf bezweifelt werden.

Ihre marktwirtschaftliche Logik projiziert sie auf alle Lebensbereiche. In der Hochschulausbildung sind Studiengebühren das Zahlungsmittel, mit dem die Leistung Bildung erkaufte wird. Studierende erscheinen plötzlich als Kundinnen und Kunden, die mit der Entrichtung ihrer Studiengebühren „Nachfragemacht“ erlangen. Damit befinden sich auch die Hochschulen im Wettbewerb zueinander. Die, welche die besten Bedingungen für das gezahlte Geld schafft, gewinnt und lockt die meisten Studierenden an.

Der Staat wird aus seiner Verantwortung für das Bildungswesen freigesprochen. Er würde den freien Wettstreit nur stören. Mit Hilfe der Kampagne unichcek.de versucht die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft nun in Zusammenarbeit mit den als seriös geltenden Partnern UNICUM, Financial Times Deutschland (selbst explizit für Studiengebühren) und der Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen unter Instrumentalisierung nichtsahnender Studierender Studiengebühren zu legitimieren. Zwar lässt sie durch eine auf der Seite zu findende Umfrage die allgemeine Ablehnung von Studiengebühren durch 2/3 aller Studierenden zur Sprache kommen, doch liegt das Hauptaugenmerk auf der Verwendung. Wenn diese einmal als gut befunden wurde, kann auch an der Erhebung von Studiengebühren als solche nicht mehr gezweifelt werden. Je mehr Mitspracherecht den Studierenden vorgegaukelt wird, desto eher könnten sie die Notwendigkeit von Studiengebühren einsehen.

Die Jusos im AStA

Anfang des Jahres habt ihr eure Stimme zur Wahl abgegeben und wurdet dabei von allen Seiten mit Flyern und Publikationen bedrängt. Was ist nun dabei eigentlich herausgekommen?

Bei den diesjährigen Wahlen zum Studierendenparlament haben sich nur wenige Änderungen im Vergleich zum Vorjahr ergeben. Wir konnten dabei unser Wahlergebnis von fünf der neunundvierzig Sitze halten. (siehe Grafik) Trotz des relativ konstanten Wahlergebnisses gibt es nun jedoch einen neuen AStA. Nach Feststellung des Wahlergebnisses einigten sich die Vertreterinnen und Vertreter der Juso-Hochschulgruppe und der ADF darauf, gemeinsam den AStA zu bilden. Die Juso-HSG stellt im neuen AStA zwei von sechs Referaten.

■ Soziales und Finanzen

Eure Ansprechpartnerin für soziale Belange ist die neue Sozialreferentin Katharina Flechsig. Unterstützt wird sie dabei von der Sachbearbeiterin Ina Tiedemann (beide Juso-HSG). Das Sozialreferat bietet verschiedene Serviceleistungen an (siehe Kasten auf S. 4). Neuer Finanzreferent ist Aike Gagel (Juso-HSG). Dem Finanzreferat ist neben der Abwicklung aller finanziellen Angelegenheiten des AStA und der Fachschaften auch die Zuständigkeit für die Kulturveranstaltungen des AStA zugewiesen. Wir wollen uns dafür einsetzen, dass in diesem Jahr mehr Veranstaltungen insbesondere auf dem Campus stattfinden.

Bei den Wahlen zum Senat gab es keine Änderungen: Von den zwei Sitzen, die den Studierenden in diesem dreizehnköpfigen Gremium zustehen, ging wieder einer

Fortsetzung auf Seite 2

an die Rot-Grüne Senatsliste, während der übrige von der ADF gehalten wurde. Unser Senator ist wie im letzten Jahr Aike Gagel. Damit können wir gemeinsam mit den Vertreterinnen und Vertretern der Grünen auch in diesem Jahr unsere Arbeit im Senat und dessen Kom-

missionen fortsetzen. Wir setzen uns in diesen Gremien für eure Belange ein. Wenn ihr Fragen oder Anregungen für unsere weitere politische Arbeit habt, könnt ihr euch jederzeit gerne an uns wenden.

■ Soziales

Das Sozialreferat bietet von Montag bis Freitag von 11 bis 13 Uhr eine Sozialberatung an, in die ihr mit Fragen zu BAföG, Studiengebühren, GEZ, Miete, Jobben, Stipendien, Krankenversicherung kommen könnt. Auch gibt es Hilfe bei den Themen Studieren mit Kind oder Behinderung sowie Auslandsstudium u. ä. Die Sozialberatung findet im AstA-Gebäude, Goßlerstr. 16a, 1. Stock, zweite Tür links statt. Zusätzlich gibt es auch eine Außenstelle an der Nord-Uni. Sie befindet sich hinter der Cafeteria der Nordmensa und ist immer dienstags von 12 bis 13 Uhr und mittwochs von 13.30 bis 14.30 Uhr geöffnet. Zur ersten Information gibt das Sozialreferat verschiedene Infobroschüren und Materialien heraus. So z. B. die allgemeine Sozialinfo sowie die Mietrechts- und BAföG-Info.

In diesem Semester wurde darüber hinaus das AstA-Sozialforum auf der AstA-Homepage eingerichtet. Hier bekommt ihr Gelegenheit, dringende Fragen zu stellen oder euch über eure Erfahrungen auszutauschen. Des Weiteren gibt es auch dieses Semester wieder die Möglichkeit, sich den Semesterticketbeitrag wegen finanzieller Härten oder wegen Behinderung rückerstatten zu lassen. Das Formular erhaltet ihr im Referat oder auf der AstA-Homepage unter www.asta.uni-goettingen.de. Wenn der Antrag bewilligt wird, erhaltet ihr den Betrag des Semestertickets zurück und könnt das Ticket trotzdem weiter nutzen.

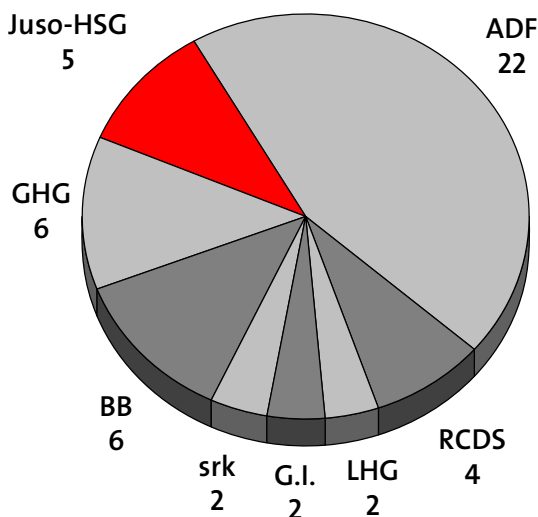
Kontakt:

soziales@asta.uni-goettingen.de
0551/39 45 66

■ Ausgezeichnet.

Die altherwürdige Georgia Augusta wird also Elite. Vielleicht. Was wir alle schon wussten, wird dann endlich amtlich und mit Geld belohnt. Damit kann man dann die Lehre verbessern. Oh nein, dafür werden doch schon die Studiengebühren verlangt. Elite gibt es nur in der Forschung, da dann aber richtig. In den Naturwissenschaften. Warum das so ist, bleibt für den interessierten Laien schleierhaft, ja beinahe mysteriös. Interessieren tut sich das universitäre Fussvolk sowieso meistens für die weltlichen Dinge. Ob wohl das Mensaessen dadurch besser wird? Zum Beispiel im Fischbereich! Wie wäre es mit Dorade auf toskanisch? Den Fisch schuppen, Zwiebeln und Knoblauch würfeln und in Olivenöl dünsten. Paprika und Zucchini in Scheiben schneiden. Zu den Zwiebeln geben. Tomaten überbrühen, häuten, würfeln und zum Gemüse geben. Mit Gewürzen und Kräutern abschmecken, Weißwein angießen und kurz aufkochen. Gemüse in eine Auflaufform geben. Doraden darauf legen. Im vorgeheizten Ofen bei 200° 40 Minuten backen. Doraden nach 20 Minuten wenden. Oliven 10 Minuten vor Ende zufügen. Vor dem Servieren mit Basilikum bestreuen.

Euer proletarischer Siebeck



Wir treffen uns regelmäßig jeden Donnerstag um 20 c.t. Uhr im Sitzungssaal des AstA, Goßlerstraße 16a, Obergeschoss.

e-mail: kontakt@juso-hsg-goettingen.de
V.i.S.d.P: Benjamin Seifert